

Etappensieg der EU-Freunde

Der Bundesrat treibt die Schweiz beim Rahmenabkommen ohne Not in die Enge.



Ist es Unvermögen oder Kalkül? Kann es der Bundesrat nicht besser, oder begeht er bewusst verhandlungstaktische Fehler, um die Schweiz zum Rahmenvertrag mit der EU zu drängen? Vor wenigen Tagen gab die Landesregierung bekannt, dass sie nochmals das Gespräch mit der EU-Kommission suchen wolle – sobald man in Brüssel erreichbar sei, wie ihr Sprecher sagte. Wie höflich von unserem Bundesrat. Leider steht zu befürchten, dass bei diesen Nachverhandlungen nichts Besseres für die Schweiz herauskommen wird, denn über die wirklich wichtigen Weichenstellungen will der Bundesrat offenbar nicht reden.

Als Journalistin, die nie ein internationales Abkommen ausgehandelt hat, ist es natürlich einfach, Kritik zu üben. Doch wenn man sieht, worum es beim Rahmenvertrag ursprünglich ging, kann man das Ergebnis nicht anders als ungenügend bezeichnen. Am Anfang stand der Wunsch der Schweiz, die Beziehungen zur EU auf eine solide Grundlage zu stellen und den Dialog zu pflegen. Herausgekommen ist aber ein Vertrag, der erstens dem Land einen massiven Souveränitätsverlust bringt, weil es EU-Recht künftig verbindlich übernehmen müsste, der zweitens aufgrund der erweiterten Guillotine-Klausel faktisch unkündbar ist und der drittens im Streitfall den Europäischen Gerichtshof als letzte Instanz vorsieht (welche Vertragspartei kommt auf die Idee, sich dem Gericht der Gegenpartei zu unterstellen?).

Den Bundesrat, so scheint es, ficht dies alles nicht an, er will mit der EU nur noch über den Lohnschutz, die Unionsbürgerschaft und staatliche Beihilfen reden, die im Vergleich

dazu zweitrangig sind. Der frühere Diplomat Paul Widmer kritisierte jüngst im *Tages-Anzeiger*, dass der Bundesrat damit in eine Falle tappe: Die EU werde sich gnädig zeigen und einlenken, womit der Bundesrat, wenn er das Gesicht wahren wolle, das Abkommen unterzeichnen müsse und nicht mehr mit anderen Forderungen aufwarten könne. Genau so dürfte es kommen, die paar Konzessionen zugunsten der Schweiz kosten die EU nicht viel.

Andere Regierungen verlieren andauernd ihr Gesicht, erfüllen ihre Verpflichtungen lausig.

Doch handelt es sich dabei wirklich um eine Falle? Oder ist es nicht vielmehr genau das Ziel der EU-Freunde in der Landesregierung und in der Bundesverwaltung, der Schweiz den Rückzug möglichst zu verbauen? Jener Kräfte also, die vernünftiger Lösungen zum Rahmenvertrag – und die gibt es sehr wohl – stets vom Tisch wischten mit der Behauptung, dass die EU dafür nicht zu haben sei?

Offen ist, wie sich das Parlament verhalten wird. Zum Teil ist zwar markige Kritik am Rahmenabkommen zu hören, auch ausserhalb der SVP-Reihen. Allein, die Erfahrung lässt vermuten, dass die Protestler schnell verstummen werden, wenn es darum geht, Farbe zu bekennen. Die Ratslinke sehnt sich ohnehin nach Europa, und die Mitte ist verbreitet defätistisch eingestellt und hält Widerstand gegenüber der EU für zwecklos. Zusammen mit den frei-

sinnigen Rahmenabkommen-Turbos stellen sie die Mehrheit. Befeuert wird das Ganze von Journalisten, bei denen man mitunter den Eindruck hat, sie stünden auf der Lohnliste des Aussendepartements oder Brüssels.

In der Politik sollte man mit Pathos zurückhaltend sein, doch hier ist es für einmal am Platz: Der Rahmenvertrag wäre eine Zäsur in unserer Geschichte. Ist er erst einmal ratifiziert, führt kein Weg mehr heraus, denn bei einer Kündigung stünde die Schweiz praktisch mit leeren Händen da. Man sollte sich keine Illusionen machen: Der Vertrag ist keine Sicherung des bilateralen Wegs, wie es so schön heisst, sondern eine Übergangslösung für den EU-Beitritt. Ein Nein von Volk und Ständen zum Rahmenabkommen würde dies zwar glücklicherweise verhindern. Gleichzeitig dürfte damit aber auch eine längere Eiszeit in den bilateralen Beziehungen beginnen. Zieht der Bundesrat nicht noch vorher die Reissleine, erklärt den Vertrag als ungenügend und sucht nach einem gütlichen Ende, steuert die Schweiz auf eine Volksabstimmung zu, bei der sie nur verlieren kann.

Bleibt die Sache mit der Gesichtswahrung. Tatsächlich wäre es für den Bundesrat peinlich, der EU, nachdem er ihr so lange Hoffnungen gemacht hat, einen Korb zu geben und sie auf einen Neuanlauf zu verträsten. Handkehrum sollte man die Dinge auch nicht überhöhen: Andere Regierungen verlieren andauernd ihr Gesicht, halten ihre Versprechen nicht, erfüllen ihre Verpflichtungen lausig. Doch im Unterschied zur Schweiz entwickeln sie deswegen keine größeren Komplexe.